

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/039/2012

### Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 22.11.2012

<b>Zu Punkt 7:      Haushalt 2013</b>
---------------------------------------

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte auf. Die Anträge und Anfragen der Fraktionen stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an.

#### Produktbereich 01 (Innere Verwaltung)

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
287 – 294	01.11.01	Rechtsberatung und -vertretung	einstimmig angenommen

#### Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
403 – 410	02.01.01	Wahlen	einstimmig angenommen
411 – 418	02.02.01	Ordnungsangelegenheiten	einstimmig angenommen

#### Produkt 02.02.02

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 1 der Tischvorlage)  
Seite 422 Zeile 4 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	
<b>Planansatz (alt)</b>	168.000	188.000	188.000	188.000	
<b>Ansatz (neu)</b>	170.000	190.000	190.000	190.000	
<b>Differenz</b>	2.000	2.000	2.000	2.000	

Frau KA Laßmann erläutert den Antrag ihrer Fraktion, welcher auch eine Erhöhung der Leistungsdaten von 700 auf 800 vollzogene Einbürgerungen umfasst.

Herr Hanheide stellt zunächst die Zahlen der vollzogenen Einbürgerungen in den Jahren 2011 (904) und 2012 (bisher 850) dar. Er macht deutlich, dass die Zahl der Einbürgerungen von verschiedenen Faktoren abhängt. Aufgrund der vorhandenen Vakanzen im Einbürgerungsbereich sowie der Tatsache, dass in Einarbeitungsphasen der Arbeitsumfang nicht in gleichem Maße erledigt werden könne, sei für 2013 voraussichtlich mit einer geringeren Anzahl an Einbürgerungen zu rechnen. Er versichert jedoch, die Anträge auf Einbürgerungen würden unabhängig von der Zielvorgabe kontinuierlich abgearbeitet.

Zudem macht Herr Hanheide deutlich, dass für Einbürgerungen ein verbindlicher, bundesgesetzlicher Gebührenrahmen vorgesehen ist. Über Ermäßigungen kann im Rahmen dort festgelegter Tatbestände in pflichtgemäßer Ermessensausübung entschieden werden.

Frau KA Laßmann vertritt die Auffassung, über Gebührenermäßigungen werde sehr restriktiv entschieden.

Herr KA Switalski stellt fest, eine Ermessenentscheidung der Verwaltung könne nicht durch Vorgaben politischer Gremien mithilfe vorgegebener Haushaltsansätze beeinflusst und festgelegt werden.

Auf Nachfrage von Herrn KA Emmeler verdeutlicht Herr Hanheide, dass die Fälle, in denen ermäßigte Gebühren veranschlagt werden, nicht gesondert erfasst und bei Einbürgerungsanträgen nur eine untergeordnete Rolle spielen würden.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
 7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
 4 Enthaltungen SPD-Fraktion  
 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
 1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME  
 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
419 – 426	02.02.02	Personenstands-, Namens- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	mehrheitlich angenommen (2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
427 – 435	02.02.03	Bußgeldstelle	einstimmig angenommen

Produkt 02.03.01

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** (Ziffer 2 der Tischvorlage)  
 Seite 438 Zeile 4 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	
<b>Planansatz (alt)</b>	390.000	390.000	390.000	390.000	
<b>Ansatz (neu)</b>	370.000	370.000	370.000	370.000	
<b>Differenz</b>	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	

Frau KA Laßmann erläutert den weiteren Antrag ihrer Fraktion auf Erhöhung der Leistungsdaten in Bezug auf die Erteilung von Niederlassungserlaubnissen auf 3.500 und der Aufnahme des Ziels „Stärkung der Integration und Aufenthaltsverfestigung durch optimale Beratung, Abbau der Kettenduldungen“.

Herr Hanheide bemerkt, dass dem Antrag eine ähnliche Intention wie dem vorherigen zu Grunde liege und stellt fest, dass die Zahl der erteilten Niederlassungserlaubnisse nicht verlässlich prognostiziert werden könne. Das hohe Ergebnis aus dem Jahr 2011 mit 4.300 erteilten Niederlassungserlaubnissen sei wahrscheinlich dem Umstand geschuldet, dass viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger noch vor der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels und der damit verbundenen Gebührenerhöhung eine Niederlassungserlaubnis beantragt hätten. Insoweit sei die Zielvorgabe von 2.700 Niederlassungserlaubnissen eine realistische Größe. Er macht zudem deutlich, dass eine Niederlassungserlaubnis nur erteilt werden könne, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Bei den Gebühren werde versucht, den Betroffenen entgegen zu kommen, in dem z.B. die Möglichkeit der Ratenzahlung angeboten werde. Im Übrigen seien die Ermäßigungstatbestände in der Aufenthaltsverordnung abschließend geregelt.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:           mehrheitlich abgelehnt**  
 7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
 4 Enthaltungen SPD-Fraktion  
 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
 1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 3 der Tischvorlage)**

Seite 438 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 440 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Planansatz (alt)</b>	2.126.100	2.147.300	2.168.900	2.190.700	1.984.500	2.003.900	2.023.700	2.043.700
<b>Ansatz (neu)</b>	2.186.100	2.207.300	2.228.900	2.250.700	2.044.500	2.063.900	2.083.700	2.103.700
<b>Differenz</b>	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Frau KA Laßmann erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Hanheide weist darauf hin, dass mit dem Stellenplan 2013 die Einrichtung von vier zusätzlichen Stellen in der Ausländerbehörde vorgeschlagen werde. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die vom Kreistag beschlossene Personalkostendeckelung. Sollten im Produkt 02.03.01 60.000 € an zusätzlichen Personalaufwendungen zur Verfügung gestellt werden, müssten diese an anderer Stelle eingespart werden. Auch die mit den vier neuen Stellen anfallenden Personalaufwendungen müssten aus dem Gesamtbudget erwirtschaftet werden. Die entsprechenden Veränderungsanträge würden in die Sitzung des Kreisausschusses eingebracht.

Frau KA Laßmann verweist auf die bestehende Kooperation der Ausländerbehörde mit der Caritas und hält es für sinnvoll, diese Kooperation zu überdenken und die hierfür aufgewendeten Mittel zur Aufstockung der Personalaufwendungen zu nutzen.

Herr Richter stellt klar, die Mittel für das Caritas-Projekt seien in Produkten des Sozialamtes veranschlagt.

Herr SB Brixius stellt fest, der Antrag sei nach Auffassung seiner Fraktion inhaltlich richtig.

Herr KA Switalski hält die Personalkostendeckelung für einen steinigen und harten Weg. Er vertritt die Auffassung, dass man der Verwaltung zugestehen müsse, die Verteilung und Gewichtung der Personalkosten innerhalb des Budgets selbst vorzunehmen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:           mehrheitlich abgelehnt**  
 7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
 1 Enthaltung Fraktion UWG-ME  
 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
436 – 442	02.03.01	Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten	mehrheitlich angenommen (2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
443 – 450	02.03.02	Zentraler Vollzug des Rechts- u. Ordnungs- Amtes	einstimmig angenommen

Zum Produkt 02.03.02 erläutert Herr Hanheide, dass dieses Produkt aufgelöst worden und vollständig im Produkt 02.03.01 aufgegangen sei.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
451 – 458	02.04.01	Lebensmittel- u. Bedarfs- gegenständeüberwachung	einstimmig angenommen
459 – 466	02.04.02	Chemische und Lebens- mitteluntersuchungen	einstimmig angenommen
467 – 474	02.04.03	Veterinärwesen	einstimmig angenommen
475 – 482	02.05.01	Verkehrssicherheit	einstimmig angenommen
483 – 490	02.05.02	Fahr- u. Beförderungs- erlaubnisse	einstimmig angenommen

#### Produkt 02.05.03

**Antrag der Fraktion UWG-ME** (Ziffer 4 der Tischvorlage)  
Seite 492 im Ergebnisplan

Angesichts der Antwort der Verwaltung auf die im Vorfeld beantwortete Anfrage seiner Fraktion räumt Herr KA Degner ein, es bestehe zwar Handlungsbedarf, das gewünschte Ziel (Aufnahme des Kundengesprächs innerhalb von 15 Minuten) sei jedoch unrealistisch.

Herr Hanheide bestätigt, dass sich die Verwaltung nicht in der Lage sehe, dieses Ziel zu erreichen.

KA Degner bittet daher, nach Installation der neuen Aufrufanlage eine Auswertung vorzulegen, anhand derer die Wartezeiten erkennbar werden und zieht den Antrag seiner Fraktion anschließend zurück.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
491 – 498	02.05.03	Zulassung von Fahrzeugen	einstimmig angenommen
499 – 506	02.05.04	Überwachung der Haltepflichten	einstimmig angenommen

#### Produkt 02.06.01

Auf Nachfrage von KA Bullert teilt Herr Hanheide mit, dass die Stadt Ratingen sich in der Pflicht sehe, einen Standort für die neue Wärmegewöhnungsanlage und die Atemschutzübungsstrecke bereit zu stellen. Dies sei mit den übrigen kreisangehörigen Städten abgestimmt.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
507 – 514	02.06.01	Feuerschutz	einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02

Auf Nachfragen von KA Switalski und KA Bullert erläutert Herr Hanheide den Sachstand sowie die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem neuen Konzept für die Kreisleitstelle.

Die schriftliche Zusammenfassung seiner Ausführungen ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Frau KA Hruschka bedankt sich für den ausführlichen Bericht, kritisiert aber, dass das erstellte Gutachten den Ausschussmitgliedern für ihre Arbeit vor Ort nicht zur Verfügung stehe, wohl aber bei den Bürgermeistern, den Verwaltungen und den Feuerwehren bekannt sei.

Hierzu stellt Herr Hanheide klar, dass, wie bereits in der Sitzung vom 24.09.2012 erläutert, die Entwicklungen das Gutachten bereits in Teilen überholt hätten. Er sichert zu, den Fraktionen jeweils ein Exemplar einer Zusammenfassung des Gutachtens zur Verfügung zu stellen. Er bittet aber zu berücksichtigen, dass das Gutachten inzwischen fortentwickelt und in dieser Fassung nur noch in Teilbereichen für die derzeitigen Gespräche herangezogen werde.

Dem aus dem Ausschuss geäußerten Wunsch nach einer Besichtigung der Leitstelle wird die Verwaltung gern nachkommen. Herr Hanheide bittet jedoch um Verständnis, dass dies zurzeit wegen der laufenden Baumaßnahmen nicht möglich sei. Die Verwaltung wird einen entsprechenden Termin in Zusammenhang mit einer Ausschusssitzung im nächsten Jahr vorbereiten.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
515 – 524	02.06.02	Leitstelle	einstimmig angenommen
525 – 532	02.07.01	Allgemeiner Rettungsdienst	einstimmig angenommen
533 – 540	02.07.02	Notarztversorgung	einstimmig angenommen (bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.)
541 – 548	02.08.01	Katastrophenschutz	einstimmig angenommen (bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.)

Der Vorsitzende stellt sodann den beratenen Produkthaushalt insgesamt zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss:**

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2013 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen

zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**        **mehrheitlich angenommen**  
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.